

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

**WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS**

**Anzeigenpreise:** 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorweisung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtig werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070 unter „Allgemeines jüdisches Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

**Verlag und Redaktion:**  
Allgemeines jüdisches Familienblatt  
Leipzig, Löhstraße Nr. 6 — Telefon 21516  
Postcheckkonto Leipzig Nr. 15070  
Bankkonto Sächsische Staatsbank, Leipzig  
Erscheint jeden Freitag — Redaktionsschluß Dienstag mittag.  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

**Bezugspreise:** Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2,40 Mark vierteljährlich (exklusive Bestelgeld). Streifenband - Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1,50 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1,50 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Löhstraße Nr. 6; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 2; Leitbilderei, Nordstraße 29. M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstraße 8. Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaulbachstraße 25.

## Chronik der Woche

**Juden auf der britischen Ehrenliste.** London, 3. Januar. Die am 1. Januar in der „London Gazette“ erschiene britische Ehrenliste bringt Nachricht über die Verleihung von insgesamt drei neuen Baronet-Titeln, von denen zwei den beiden jüdischen Parlamentsmitgliedern Percy Alfred Harris (liberal, früherer Vizevorsitzender des Londoner County Council) und Arthur Michael Samuel (konservativ, früherer Parlamentssekretär beim Departement für Überseehandel und Finanzsekretär beim Schatzamt) verliehen wurden.

**Die Danziger Revisionisten verbleiben in der Zionist. Organisation.** Danzig. Der Verband der Revisionisten im Freistaat Danzig beschloß mit großer Stimmenmehrheit, der Parole zum Austritt aus der Zionistischen Organisation nicht zu folgen und weiter in dieser Organisation zu verbleiben.

**Auszeichnung belgischer Juden.** Antwerpen. Aus Anlaß des Jahreswechsels hat die belgische Regierung folgenden jüdischen Bürgern den Orden „Ritter der Krone“ verliehen: Edmond Roos, Vizepräsident der jüdischen Gemeinde von Antwerpen, Mme. de Bauer, Vorsitzende des jüdischen Frauenvereins, Teppichfabrikant Ben Esra und Advokat Jaffé.

**Ein Vermächtnis für die Hebräische Universität.** New York. Heute wurde das Testament des i. J. 1927 verstorbenen Salomon Shapiro geöffnet. Shapiro hat eine Summe von 10000 Dollar für die Hebräische Universität in Jerusalem vermacht, die sofort zur Auszahlung gelangen soll. Ferner hat er bestimmt, daß die Zinsen aus einem Fonds von 25000 Dollar regelmäßig an die Hebräische Universität abgeführt werden. Shapiro hat 32000 Dollar für 10 weitere jüdische Institutionen hinterlassen.

**Eine Stiftung zur Förderung jüdisch-pädagogischer Arbeiten.** Der Vorsitzende des Vereins jüdischer Lehrer und Lehrerinnen, Dr. Julius Höxter, hat unter seinem Namen eine Stiftung gegründet, die den Zweck hat, jüdische Lehrer zu religionswissenschaftlichen und jüdisch-pädagogischen Arbeiten anzuregen und zu unterstützen. Während das Kapital der recht beträchtlichen Stiftung unantastbar bleibt, soll mindestens die Hälfte der Zinsen zur Auszeichnung von wissenschaftlichen und methodischen Arbeiten, von Lehrbüchern und Lehrmitteln, die andere Hälfte der Zinsen zur besonderen Vergütung für wertvolle Aufsätze verwendet werden. Zur Erlangung zweckdienlicher Arbeiten soll ein wissenschaftlicher Ausschuß, der auch andere Fachgelehrte als Sachverständige zuziehen darf, alljährlich geeignete Aufgaben stellen und öffentlich zu ihrer Bearbeitung auffordern. Der „Reichsverband jüdischer Lehrervereine Deutschlands“ hat die „Julius Höxter-Stiftung“ jetzt übernommen.

**Soll Tel Aviv seine Polizeiautonomie verlieren? Dizengoff bei Wauchope.** Jerusalem. Der Bürgermeister der jüdischen Stadt Tel Aviv, Mayer Dizengoff, besuchte den neuen Oberkommissar von Jerusalem, General Sir Arthur Grenfell Wauchope, und erhob ihm gegenüber Beschwerde gegen den Beschluß der obersten Polizeibehörde Palästinas, die bis jetzt autonome Polizei von Tel Aviv mit der allgemeinen palästinensischen Polizei zu verschmelzen. Dizengoff führte ins Treffen, daß die Abschaffung der jüdischen Polizeimacht von Tel Aviv, der einzigen in der Welt, deren Kommandosprache hebräisch ist, von der Judenheit als ein Schlag gegen die jüdische Entwicklung in Palästina empfunden werden würde.

## Hauptproblem ist die Wirtschaftsnot

Auch in wirtschaftlich ruhigen Zeiten sind die vielfachen Probleme, die sich aus dem Zusammenleben der Völker und aus den Beziehungen von Minderheiten innerhalb der Völker zur Mehrheit ergeben, Gegenstand eifriger Untersuchung und mehr oder minder leidenschaftlicher Diskussionen. Mögen diese Diskussionen und diese Gegensätze einen noch so hohen Grad der Schärfe erlangen, so sind sie immerhin Stufen von Not verschiedenster Art, die noch irgendwie produktiv sind. In wirtschaftlich krisenhaften Zeiten jedoch überschattet die Frage der nackten Existenz alle anderen Probleme, die plötzlich als selbständig im Vergleiche zur wirtschaftlichen Depression angesehen werden. Diese Probleme sind im Bewußtsein der Beurteiler Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Not. Es bleibt dahingestellt, ob eine derartige Auffassung richtig ist. Es gibt Probleme, die jenseits des Oekonomischen liegen. Besonders ist das in bezug auf das Verhältnis von jüdischer Minderheit und nicht jüdischer Mehrheit der Fall. Die Judenfrage existiert in wirtschaftlich günstigen Zeitaltern, und sie verschärft sich in Tagen der Wirtschaftskrise. Alle Teilprobleme der großen Judenfrage erlangen aber gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise eine besondere Verschärfung. Das kann man jetzt in allen Ländern der Welt, in denen Juden leben, beobachten. Am stärksten tritt dies in Deutschland, Polen und Rumänien auf. Man kann bei der Betrachtung der Lage der Juden in irgend einem Lande zahlreiche Analogien hinsichtlich der Judenheiten in anderen Ländern feststellen. Prinzipiell trägt die Judenfrage in allen Ländern der Welt gegenwärtig das gleiche Gesicht. Als Mitleidende und Mitlebende können wir jedoch in vielen Fällen nicht genügend Distanz aufbringen, um die Situation so zu beurteilen, daß nicht subjektive Empfindsamkeiten bei dieser Beurteilung mitsprechen. Es ist darum gut, wenn man sich Feststellungen vor Augen führt, die hinsichtlich der Lage der Juden in einzelnen europäischen Ländern außerhalb Europas gemacht werden.

In diesen Tagen feierte das jüdisch-amerikanische Komitee das Jubiläum seines 25-jährigen Bestehens. Im Jahresbericht der Gesellschaft wird ausführlich die Situation der Juden in den einzelnen Ländern Europas besprochen. Ein großes Kapitel beschäftigt sich mit der Lage der jüdischen Bevölkerung Polens. Der Hauptteil des Kapitels behandelt die wirtschaftliche Lage der polnischen Judenheit. Der Bericht kommt zu Feststellungen, die in einzelnen Punkten dem entsprechen, was Juden in fast allen Ländern Europas erleben. Wenn man hinzusetzt, daß gerade die Frage der polnischen Juden für die Gesamtjudenheit von außerordentlicher Wichtigkeit ist, weil Polen ein Hauptzentrum jüdischer Kultur, jüdischer Tradition und volksbewußten Judentums beherbergt, so gewinnen die Ausführungen

des jüdisch-amerikanischen Komitees prinzipielle Bedeutung für alle Juden in der Welt.

Im Berichte heißt es: Die letzten Sejmwahlen, aus denen Marschal Pilsudski und seine Partei siegreich hervorgingen, erschienen dem jüdisch-amerikanischen Komitee die beste Garantie für die Besserung der Lage der Juden im polnischen Wirtschaftsleben. Doch auch darin wurde das Komitee enttäuscht. Die Lage der Juden verschlimmerte sich nur noch mehr, ihre Verarmung nahm ein viel größeres Ausmaß als die der übrigen Bevölkerung des Landes. Auch dieser Punkt wurde auf einer Konferenz mit dem polnischen Ambassador besprochen, deren Folge die Europareise des Herrn Waldmann war. Auf Empfehlung der polnischen Ambassade in Washington hielt H. Waldmann mehrere Konferenzen mit polnischen Staatsmännern (an deren Spitze Außenminister Zaleski stand) ab. Es wurde festgestellt, daß die Lage der polnischen Judenheit vor allem eine innere Angelegenheit des polnischen Staates sei und daß die Lösung dieses Problems zu den Aufgaben der polnischen Regierung gehöre. Die Vertreter des Komitees stellten das Postulat auf, daß die polnische Regierung ihr ganzes Augenmerk auf die Besserung der Lage der Juden richten müsse, da diese eine Folge ihrer anormalen und einseitigen wirtschaftlichen Struktur sei, die ihnen seinerzeit vom zaristischen Rußland aufgedrängt wurde.

Herr Waldmann formulierte die Klagen der polnischen Judenheit in folgenden Punkten: Die Entziehung der Staatsmonopole; die ungerechte Steuerverteilung, deren Hauptlast auf die städtische Bevölkerung und somit auf die Juden fällt; die Schwierigkeit bei der Erlangung von Gewerbe- und Handelskonzessionen; die ungerechte Krediterteilung und Subventionierung von jüdischen wirtschaftlichen, geistigen und Wohlfahrtsinstitutionen; die Beschränkung auf dem Gebiete des Handwerkes; des Eingreifens der Regierung in die inneren Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden; schließlich das Gesetz von der Samstagsruhe, das die Verdienstmöglichkeiten der Juden auf 5 Tage in der Woche beschränkt.

Diese Erklärungen H. Waldmanns wurden von der Regierung einer eingehenden, bisher noch nicht beendeten Prüfung unterzogen. Jedenfalls erklärt Min. Zaleski, daß die Regierung die allgemeine Gültigkeit dieser Klagen anerkenne; er gab auch weiter zu, daß die Regierung die antijüdische Bewegung gewiß unterschätze. Er behauptete, daß die polnische Allgemeinheit den Antisemitismus ablehne und daß auch die Nationaldemokraten — verglichen z. B. mit dem deutschen Hitlertum — keine ausgesprochene antijüdische Partei wäre? (Red.) Die Regierung sieht die Juden als wertvollen Faktor an, und tue alles, um ihr Los zu erleichtern, man dürfe jedoch im gegenwärtigen